



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Baratels, Hugo: Der britische Staatshaushalt : (Fortsetzung)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

er eine strategische Position gegen jeden Feind Rußlands werden. Denn wenn der Zar hier eine Flotte hat, kann — außer vielleicht Deutschland auf Grund des Nordostseekanals — kein Feind achtlos vorübergehen. Jeder ist genötigt, ein Beobachtungs- oder Blockadegeschwader zurückzulassen, und dadurch hielte sich Rußland wahrscheinlich seine Ostseehäfen offen. Rußland, das muß man anerkennen, hat keinen Schritt zur Erlangung eines südskandinavischen Hafens getan und ist auch auf absehbare Zeit nicht in der Lage dazu. In Gütte würde es ihn auch nicht in seinen Besitz bringen. Ob gewaltsam, das ist auch das Ergebnis einer vorläufig ganz unübersehbaren Reihe von Komplikationen. Hier kann nur gesagt werden, daß sich als Punkte von Wert für die russische Flotte vor allem zwei eignen würden: Göttenburg gleich nördlich vom Sund und Christiansund an der Südspitze Norwegens. Jenes liegt der Ostsee am nächsten und ist durch viele, leicht zu besetzende Felseninseln geschützt. Dieses ist defensiv nicht so stark, hat aber den Vorteil einer weit in die Nordsee vorgeschobnen Lage.

Die ganze Sache wäre wohl jenseits des Horizonts der Tagespolitik verblieben, wenn sie nicht durch den abstoßenden Streit der beiden skandinavischen Brudervölker aufgerüttelt wäre. Möge dieser bald geschlichtet werden, und damit auch die Hafenfrage wieder in das Reich der Unsichtbarkeit hinabsinken!



Der britische Staatshaushalt

Von Hugo Bartels

(Fortsetzung)



as hat nun England mit seinen Schwesterkönigreichen Schottland und Irland erhalten dafür, daß es sich auf viele Geschlechter hinaus den Mühlstein einer so ungeheuern Schuld um den Hals gehängt hat? Unmittelbar nichts. Weder Eisenbahnen noch sonst gewinnabwerfende Unternehmungen sind dafür in den Besitz des Staates gelangt. Fast die ganze Schuld ist durch Kriege entstanden, und die Schuldsomme umfaßt bei weitem nicht alle Kriegsauslagen. Die gesamten Kosten der Kriege von 1688 bis heute, nach Abzug der Rüstung, die auch bei Fortdauer des Friedens unterhalten worden wäre, also allein die durch den Kriegszustand verursachten Mehrausgaben belaufen sich in runder Summe auf 1500 Millionen Pfund, wobei die Kriege in Indien nicht gerechnet sind, weil deren Kosten nicht England, sondern Indien zur Last fallen. Als reiner Verlust sind die 97 Millionen für den amerikanischen Krieg zu betrachten, und nicht viel besser steht es mit den 69 Millionen für den Krimkrieg, der wohl Rußland geschadet, aber England wenig genützt hat. Aber die übrigen 1333 Millionen waren nicht weggeworfen, obgleich bei besserer Wirtschaft eine geringere Summe genügt hätte. Sie waren der Preis, um den England die Seeherrschaft und sein Weltreich erworben hat. Für ein Reich, das mehr

als ein Fünftel alles Landes der Erde mit einer Bevölkerung von etwa 450 Millionen Menschen umfaßt, für einen Handel, der fast ein Drittel des ganzen Handels der Welt ausmacht, und eine Handelsflotte, die an Tonnengehalt fast der Summe des Gehaltes aller übrigen Handelsflotten gleichkommt, war der Preis nicht zu hoch. England würde sonst auch gar nicht imstande gewesen sein, ihn zu zahlen. Aber die Riesensummen wurden alle im Lande selbst aufgebracht, ein Beweis, wie die kräftige, auf überseeische Herrschaft gerichtete Politik die Kapitalkraft des Landes gestärkt hatte. Ohne die Teilnahme Englands am Spanischen Erbfolgekriege würde Frankreich im Siebenjährigen Kriege weit gefährlicher, die Eroberung Kanadas schwieriger gewesen sein, ohne die 82 Millionen Pfund des Siebenjährigen Krieges würde England nicht 831 Millionen für den Kampf gegen das revolutionäre Frankreich und Napoleon haben aufbringen und die Seeherrschaft erringen können, und ohne die Seeherrschaft wären weder Indien noch Australien noch Südafrika englisch geworden.

Die oben angeführte Summe von 1500 Millionen schließt auch die Kriege von 1815 bis auf unsre Zeit ein. Für die Zeit bis 1815 belaufen sich die Kriegsausgaben nach der amtlichen Aufstellung auf mehr als 1140 Millionen. Zieht man nun davon den Betrag der Schuld von 900 Millionen ab, so bleiben noch 240 Millionen, die aus den laufenden Einnahmen bestritten wurden. In Wirklichkeit jedoch waren die aus den Steuern gedeckten Ausgaben weit höher, weil die 900 Millionen der Schuld nicht denselben Betrag in bar darstellten. Für die Kriege von 1793 bis 1815 zum Beispiel betrugen die Kosten 831, die Anleihen 652½ Millionen. Danach würden auf die laufenden Einnahmen noch über 178 entfallen. Bei dem geringen Ertrage der Anleihen und bei den Verlusten, die sich aus dem Tilgungsunsinn ergaben, war aber die Last mindestens doppelt so groß. Sie wird sogar auf 650 oder etwa 28 Millionen jährlich angeschlagen, und obendrein kam noch die Verzinsung der Staatsschuld, die zuletzt über 30 Millionen jährlich forderte.

So sehr auch der Reichtum und die Steuerkraft zugenommen hatten, so war ein solcher Aufwand auch für England keine leichte Sache und nur mit der aufs höchste getriebenen Anspannung der Steuerfahraube möglich. Aber kein anderer Staat hätte es fertig gebracht, solche Summen zu beschaffen.

Im Jahre 1715 belief sich das Einkommen des Staates, d. h. Englands und Schottlands, bloß auf 5½ Millionen Pfund bei einer Bevölkerung, die auf wenig über 7 Millionen anzuschlagen ist. Am Ende des Siebenjährigen Krieges war es auf 10 Millionen Pfund gestiegen. Für 1786 bei einer Volkszahl von 9 bis 10 Millionen ist die Zahl 14½ Millionen Pfund, für 1791 18½ Millionen, für 1802, nach der Aufnahme Irlands in das Vereinigte Königreich, das nun mit den 5 Millionen Iren über 16 Millionen Einwohner hatte, war das Einkommen 39 Millionen Pfund, und 1816, nach dem Schlusse der großen Kriegszeit fast 78½ Millionen bei einer Bevölkerung von nicht ganz 20 Millionen. Auf den Kopf fiel also 1816 eine Abgabenschaft von mehr als 78 Schillingen, mehr als das Fünffache von dem, was der Einzelne ein Jahrhundert früher getragen hatte.

Was die Last besonders drückend machte, war die ungleichmäßige und ungerechte Verteilung, die besonders den kleinen Mann heimsuchte, die Reichen dagegen sehr milde anfaßte. Die Grundherren, die seit der Thronbesteigung der Welfen das Heft in der Hand hatten, folgten dem Grundsatz, daß dem Sieger die Beute gebührt. Die beiden Parteien des Parlaments gehörten derselben Klasse an, und ob die Tories am Ruder waren oder die Whigs, sie hüteten sich, etwas zum Nachteil des Grundbesitzers zu unternehmen. Die Masse des Volkes hatte keine Stimme bei den Wahlen und folglich auch keinen Einfluß auf die Regierung.

Als unter Wilhelm dem Dritten eine Grundsteuer, die Land Tax, eingeführt wurde, wußten sich die Grundherren schadlos zu halten durch Kornausfuhrvergütungen. In der schweren Zeit von 1798 wurde zwar die Steuer auf 4 Schillinge aufs Pfund erhöht, aber die Grundlage blieb die alte Einschätzung vom Jahre 1692, die bei dem gesteigerten Wert aller Grundstücke lächerlich gering war. Auf diesen Satz wurde damals die Grundsteuer für immer festgelegt, und ferner die gänzliche Ablösung durch eine Kapitalzahlung erlaubt. Dabei ist es geblieben, und der Grundbesitz, der nur in wenig Händen ist, trägt jetzt aus dieser Steuer dem Staate nur 725000 £ ein, während die Grundsteuer nach dem heutigen Werte, der bei der Lage der Landwirtschaft keineswegs hoch ist, etwa fünfundzwanzigmal so viel ergeben sollte.

Die Grundherren sorgten durch ihr Übergewicht im Parlament schon dafür, daß der Racker von Staat ihnen auch in schweren Zeiten nicht zuviel abnahm, und durch dasselbe Mittel sorgten sie auch dafür, daß ihr Besitz ihnen immer große Summen abwarf. Ihr Einkommen beruhte vornehmlich auf der Höhe der Pachtgelder. Wenn die Pächter imstande sein sollten, hohe Pachten zu zahlen, mußte der Weizenpreis hoch sein, und den Weizenpreis hoch zu halten, dazu dienten die Kornzölle. Die Kornzölle hatten durchaus nicht den Zweck, den englischen Bauern gegen fremden Wettbewerb zu schützen, sondern allein den Preis des heimischen Getreides zu steigern. Da die frühere Gesetzgebung dem Zwecke nicht genügend entsprach, legte das Gesetz von 1791 einen Zoll von 24 sh. 3 d. auf den Quarter, wenn der Preis unter 50 sh. stand, was einem Einfuhrverbote gleich kam. Der niedrige Zollsatz von 6 d. trat erst ein, wenn der Preis 76 sh. überstieg. Im Jahre 1804 wurde gar die Preisgrenze für den hohen Zoll von 24 sh. 3 d. auf 63 sh. hinaufgesetzt, dagegen aber Korn schon zu 6 d. hereingelassen, wenn der Preis 66 sh. überschritt. Diese Sätze genügten; denn England war schon aus einem Korn ausführenden zu einem Korn einführenden Lande geworden. Den Grundherren blühte der Weizen im wahren Sinne des Worts. Einen kleinen Anteil an dem Segen hatten auch die Pächter, und der Staat erhielt Geld in seinen Säckel. Aber beim Landarbeiter und bei dem übrigen gemeinen Volke war Schmalhans Küchenmeister. Auf sie drückten die Kornzölle am schwersten.

Auch sonst wurde die Zoll- und Steuerschraube aufs äußerste angezogen, um Mittel für den Krieg gegen Frankreich flüssig zu machen. Es gab nichts, was der Schatzkanzler einer Auflage für unwürdig gehalten hätte. Wohl kein Volk der Erde ist je so von Zöllen, Steuern und Gebühren aller Art

heimgesucht worden wie das englische zu der Zeit des großen Krieges. Die Sätze wurden erhöht, bis sie zum Schlusse durch ihre Höhe den Verbrauch einschränkten und so ihren Zweck selber vereitelten.

Im Jahre 1798 wurde auch eine der reichsten Geldquellen zuerst erschlossen, nämlich die Einkommensteuer, damals auf 10 Prozent festgesetzt. Sie trug 1815 14 000 000 £ ein und kam dann zu Ende, da sie nur als Kriegsteuer gedacht war.

Nach der endlichen Niederwerfung Napoleons hätte nun der Staatshaushalt wieder zu den vor dem Kriege bestehenden Verhältnissen zurückkehren müssen, wenigstens soweit es die Vermehrung der Bevölkerung in den langen zweiundzwanzig Jahren und die dadurch vergrößerten Ansprüche an die Verwaltung erlaubten. Aber ein Zurückschrauben der Ausgaben auf den frühern Stand war schon durch die Verzinsung der Schuld unmöglich, die jetzt allein doppelt so viel verlangte, als das gesamte Staatseinkommen nur dreißig Jahre früher gewesen war. Die Erleichterung, die geschah, war gering. Sie bestand im wesentlichen bloß in der Aufhebung der Einkommensteuer, die, so schwer sie war, doch nur die besitzenden Klassen getroffen hatte. Im übrigen blieb die Abgabenlast, wie sie während des Krieges gewesen war, und nur allmählich trat eine Verminderung ein, die aber nicht so weit ging, daß sie fühlbar gewesen wäre. Dabei waren Handel und Gewerbe durch die Zollpolitik gehemmt. Eines Schutzes bedurfte das heimische Gewerbe nicht, weil noch kein andres Volk mit England in Wettbewerb treten konnte. Nützen also konnten ihm die Zölle nicht, wohl aber schadete ihm ihre übertriebene Höhe, und auch der Staat fand seine Rechnung nicht dabei, da die Zollerträge je länger je weniger befriedigten.

Nach der Verzinsung der Schuld und dem Aufwand für Heer und Flotte blieben nur geringe Summen für die andern Aufgaben des Staats übrig. Das Einkommen betrug 1820 60 Millionen Pfund, was bei einer Bevölkerung von nicht ganz 21 Millionen über 57 sh. auf den Kopf ausmachte, während in demselben Jahre in Preußen mit 12 Millionen Einwohnern nur 5 Taler 25 Silbergroschen = $17\frac{1}{2}$ sh. auf den Kopf entfielen. Wenn wir den Haushalt beider Staaten weiter vergleichen, so finden wir, daß für die Verteidigung Großbritannien 18 Millionen Pfund = 30 Prozent des Einkommens, über 17 sh. auf den Kopf ausgab, Preußen 23 Millionen Taler (3,45 Millionen Pfund) = 33 Prozent des Einkommens oder unter 6 sh. auf den Kopf. Nach der Bestreitung der Kosten für die bewaffnete Macht und der Zinsen für die Schuld, die, über 30 Millionen Pfund, mehr als die volle Hälfte des Einkommens verschlangen, blieben in Großbritannien für alle andern Zwecke des Staats nur noch $11\frac{1}{4}$ Millionen = $18\frac{3}{4}$ Prozent, Preußen verfügte im gleichen Falle noch über mehr als 50 Prozent seines Einkommens. Wenn nun von dem Reste in Großbritannien auf den Kopf der Bevölkerung etwas mehr, etwa 80 Pfennige, als in Preußen entfiel, so ist daraus nicht zu folgern, daß Großbritannien auch mehr für eigentliche Kulturaufgaben hätte verwenden können. Denn von den noch übrigen $11\frac{1}{4}$ Millionen fielen von vornherein 5 für die Kosten der Steuer- und Zollerhebung weg, und von dem Reste

blieb nach Bezahlung der Zivilliste und der hohen Besoldungen der andern Beamten herzlich wenig übrig. In Preußen dagegen waren und sind auch noch alle Besoldungen im Vergleich mit den britischen bescheiden, und die Erhebung der Zölle und der Steuern war mit viel geringern Kosten verknüpft, und so hatte der verschriene Militärstaat, an dessen Leibe die schweren Wunden der Kriegsnot kaum verhascht waren, trotz seiner Armut größere Mittel für Kulturzwecke, besonders für Universitäten und Schulen, als das soviel reichere Großbritannien, das keinen Feind in seinen Grenzen gesehen hatte.

Darüber nun brauchte sich die britische Regierung keine Kopfschmerzen zu machen; denn die Wissenschaft hat drüben immer freigebige Gönner gefunden, und obgleich heute eine solche planlose Förderung nicht mehr als ausreichend gelten kann, für damals genügte sie. Was die Aufmerksamkeit der britischen Staatsmänner, der einsichtigen wenigstens, auf Preußen lenkte, war der Fortschritt, den dieses durch die 1818 durchgeführte Zollreform machte. Abweichend von den Grundätzen, die in Großbritannien und anderswo herrschten, suchte Preußen sein Heil in der Entfesselung des Verkehrs durch niedrige Zollsätze. Der Erfolg, den es damit hatte, mußte den britischen Politikern die Augen öffnen über die Verkehrtheit ihrer Zölle. Aber vergebens wies Huskisson, der Präsident des Handelsamtes, auf das preußische Beispiel hin. Der herrschenden Klasse war es bei den bestehenden Verhältnissen ganz wohl, ob auch das Volk im Elend verkam. Erst mußte die Reform des Parlaments frisches Blut in den faulen Körper bringen, und auch dann dauerte es noch geraume Zeit, bevor die alte Art verlassen wurde. Die Ermäßigungen, die Huskisson durchsetzte, richteten nicht viel aus, und die Dinge gingen in der alten unbefriedigenden Weise weiter, bis sich, als 1840 auch eine weitere Erhöhung der Zölle und Steuern den Fehlbeträgen kein Ende machen konnte, Peel 1842 zu einer völligen Umkehr entschloß.

Peels Zollgesetzgebung leitete mehr eine Umwälzung als eine Reform ein. Die Zollliste umfaßte an 1500 Gegenstände, von denen ein paar hundert kaum die Kosten der Erhebung abwarfen, für die Staatskasse also völlig belanglos waren. Diese Zölle fielen zuerst. In den folgenden Jahren gelang es Peel nach heftigem Widerstande, die Zölle auf eine Anzahl von Rohstoffen und Lebensmitteln entweder ganz aufzuheben oder doch sehr zu ermäßigen. Am meisten Schwierigkeit boten dabei die Kornzölle. Noch 1828 war der Zoll auf 24 sh. 8 d. für den Quarter festgesetzt worden, wenn der Preis 62 sh. betrug, mit einem Zuschlage von 1 sh. für jeden Schilling, um den der Preis niedriger war. Bei höhern Preisen sank der Zollsatz, bis er bei 73 sh. nur noch 1 sh. war. Um nun die Grundherren nicht zu sehr vor den Kopf zu stoßen, wurde erst auf einige Jahre ein geringerer Zoll eingeführt, der 1849 einer bloßen Einschreibgebühr von 1 sh. für den Quarter Platz machte. 1869 ist auch diese gefallen, und ihre Erneuerung während des Burenkriegs hat nur kurzen Bestand gehabt.

Peels Nachfolger, besonders Gladstone, setzten das begonnene Werk fort. 1853 umfaßte die Liste der einem Zoll unterworfenen Gegenstände noch 466, 1859 noch 419; aber 1860 brachte Gladstone die Zahl auf 48 herunter,

indem er alles strich, was nicht eine bedeutende Summe abwarf. Damit war die wirtschaftliche Umwälzung so gut wie beendet. Die Sperrzölle waren weggesetzt, und was noch blieb, waren reine Finanzzölle auf Gegenstände, die im Vereinigten Königreiche nicht erzeugt werden konnten.

Die Hoffnungen, die Peel und die Freihändler an den Wechsel geknüpft hatten, erfüllten sich schnell. Es war, als wenn der alte Leib verjüngt worden wäre. Wo früher der künstlich hinaufgeschraubte Preis Käufer abgehalten hatte, da fand sich ein eifriger Markt, und die geringern Zölle brachten mehr ein als früher die hohen. Der Handel wurde elastischer und lebhafter. Der größere Umsatz steigerte den Gewinn und erhöhte dadurch auch die Steuerkraft. In den zwanzig Jahren nach Peels Umschwenken wuchs der Umfang des englischen Außenhandels auf das Dreifache, nicht wenig gefördert auch durch die Aufhebung der den Verkehr beschränkenden Schifffahrtgesetze.

Mit der Sprengung der Fesseln, die das wirtschaftliche Leben eingeengt und eingezwängt hatten, war jedoch der Fehlbetrag im Staatshaushalt noch nicht beseitigt. Die meisten der aufgehobnen Zölle freilich machten keinen Unterschied, weil sie kaum für die Kosten ihrer Erhebung genügt hatten, andre dagegen, besonders auf die der Industrie unentbehrlichen Rohstoffe, hatten sehr bedeutende Beträge geliefert, und ihr Wegfall machte den Fehlbetrag nicht geringer. Da blieb nichts übrig, als die ergiebige Steuerquelle wieder zu öffnen, die schon im großen Kriege gute Dienste geleistet hatte, die Einkommensteuer. Sie war auch jetzt nicht als eine dauernde Einrichtung beabsichtigt, sondern nur als ein außerordentliches Mittel, um den Übergang zum Freihandel zu ermöglichen, und Gladstone trug sich später ernstlich mit dem Gedanken, sie nach 1860 entbehren zu können. Darin irrte er. Sie ist ständig geworden, und heute ist nicht die geringste Aussicht, daß sie je wieder schwindet. Höchstens könnte sie anders verteilt werden, sodaß Einkommen von Kapitalzinsen mehr herangezogen würden als aus einer Berufstätigkeit hervorgehende. Ebenso könnten auch die großen Einkommen noch mehr belastet werden als die Kleinern. Dann sollten aber auch die kleinen nicht wie bisher frei ausgehn, damit auch der sogenannte Mann auf der Straße, dessen Meinung neuerdings für so wichtig gehalten wird, die Folgen einer von ihm mit lautem Geschrei bejubelten Politik an der eignen Tasche zu spüren bekommt.

Als 1842 die Einkommensteuer eingeführt wurde, blieben Einkommen unter 100 £ frei. Dann wurde 1876 die Grenze auf 150 £, 1894 auf 160 £ hinaufgeschoben. Der Steuersatz selbst hat nach den Bedürfnissen geschwankt. Elf Jahre lang, bis 1853, war er 7 d. aufs Pfund, von da ab war er fast jedes Jahr anders, am höchsten mit 16 d. während des Krieges, am niedrigsten 1874/75 mit nur 2 d. Der Burenkrieg hob ihn auf 15 d. Nun trägt ja der kleine Mann, der Mann auf der Straße, auch sein Scherflein an Abgaben bei, aber nur indirekt durch seinen Anteil an den Zöllen, sodaß ihm die Abgabe nicht unmittelbar fühlbar wird. Für jedes Pfund Tabak entrichtet er dem Staate 3 sh. Bei einem jährlichen Verbrauche von 10 Pfund zahlt er also eine Steuer von 30 sh., jedoch nicht direkt, sondern auf dem Umwege des Tabakladens, und da er seinen Tabak nur

unzenweise zu kaufen pflegt, in ganz kleinen Abschlagzahlungen. Darüber murren er nicht. Sollte ihm der Zoll bis zum Ende des Jahres gestundet und ihm die Summe dann im ganzen abverlangt werden, was für ein Geschrei er erheben würde! Eine direkte Steuer wird eben ganz anders gefühlt als eine indirekte. Der Burenkrieg hat, ohne die aus ihm entstandnen spätern Verpflichtungen zu rechnen, 211 Millionen Pfund gekostet, der chinesische Krieg 6 Millionen, zusammen 217 Millionen. Davon sind $152\frac{1}{3}$ Millionen durch Anleihen zum Nennwerte von 159 Millionen aufgebracht und die übrigen $64\frac{2}{3}$ Millionen aus Steuern bestritten worden. Aber zu den $64\frac{2}{3}$ Millionen hat die Erhöhung der Einkommensteuer $46\frac{2}{3}$ Millionen beigetragen, und die Verzinsung der Kriegsanleihen wird aus derselben Quelle bestritten. Der Mann auf der Straße, der die Kriegspartei so eifrig unterstützte, hat demnach zu den Kriegskosten herzlich wenig beigetragen. Er würde weniger eifrig gewesen sein, wenn er der Einkommensteuer unterläge. Der berühmte Satz: „Keine Besteuerung ohne Vertretung“ sollte besser lauten: „Keine Vertretung ohne direkte Besteuerung.“

Die Einführung der Einkommensteuer war nötig für die Durchführung der Zollreform, und ihre ständige Beibehaltung ergab sich aus den steigenden Anforderungen. Denn obwohl auch die übrigen Einnahmen stiegen, gab es oft genug Fehlbeträge zu verzeichnen. In den fünfziger Jahren noch hielten sich die Ausgaben unter 60 Millionen Pfund, Ende der sechziger überschritten sie schon 70 Millionen. In den achtziger Jahren gingen sie stark auf 90 Millionen zu, 1892/93 waren sie schon über 96 Millionen, und 1896/97 mehr als 101 Million, mit Kapitalausgaben gar beinahe $103\frac{1}{3}$ Millionen. Die Jahre des südafrikanischen Kriegs schwellten natürlich die Ausgaben gewaltig an. Aber wie es immer der Fall gewesen ist, die Rückkehr gewöhnlicher Zeiten brachte keineswegs eine entsprechende Verringerung der Lasten. Das Jahr 1903/04 hat mit Ausgaben von fast 147 Millionen Pfund abgeschlossen, zu denen noch über 7 Millionen außerordentliche Aufwendungen aus Anleihen treten.

Die Staatsschuld hat an dem Anwachsen der Ausgaben nur geringen Anteil. Ungeachtet mehrfacher neuer Anleihen war ihr Kapital 1899 auf 635 Millionen gesunken und bezifferte sich auch nach ihrer jüngsten Vermehrung durch den Krieg 1903/04 nur auf 794 Millionen, die für Zinsen usw. 27 Millionen Pfund forderten, bedeutend weniger als nach dem Schlusse der napoleonischen Kriege.

Dagegen spielen die nicht für Heer oder Flotte bestimmten Ausgaben in neuerer Zeit eine größere Rolle, besonders durch die Aufwendungen für die Volksschule, die von der bescheidenen Summe von 20 000 £ auf $13\frac{1}{3}$ Millionen für 1903/04 gestiegen sind. Im Rechnungsjahre 1886/87 machten die Zivilausgaben mit 30 Millionen schon ein volles Drittel des ganzen Haushalts aus. Sie waren 1891/92 mit $31\frac{1}{2}$ Millionen 35,1 Prozent, 1898/99 mit 39 Millionen 36,13 Prozent, für 1903/04 betrugen sie $47\frac{1}{2}$ Millionen, stellten aber nur 32,38 Prozent vor, weil die militärischen Anforderungen auf eine früher nie erreichte Höhe gestiegen sind.

Eine kleine Zahl einsichtsvoller Köpfe ausgenommen, gilt es bei allen echten Briten als ein fester Glaubensartikel, daß die allgemeine Wehrpflicht der festländischen Völker neben einer Reihe von Schäden, unter denen sittliche und physische Versumpfung obenan stehn, auch den Nachteil habe, zuviel Leute in der besten Blüte der Gewerbearbeit zu entziehen, während Großbritannien seine Volkskraft in den Dienst der Gütererzeugung stellen könne. Über den Vorwurf der Versumpfung kann man mit einem Lächeln hinweggehn. Im übrigen ist der Unterschied nicht groß. Die normale Zahl der ständig in Heer und Flotte unter den Waffen stehenden Briten, die 75 000 Mann eingeschlossen, die in Indien stehn, aber vom indischen Reiche unterhalten werden, beträgt 420 000 = 1 Prozent der Bevölkerung, ein Satz, der nur wenig hinter dem der deutschen Kriegsmacht zu Wasser und zu Lande zurücksteht. Dem Gewerbfleiß werden also fast ebensoviel Menschenkräfte entzogen, und der geringe Unterschied wird wirtschaftlich mehr als ausgeglichen durch die unvergleichlich höhern Kosten, die die Einrichtung der Anwerbung mit sich bringt. Die britische Streitmacht ist immer teuer gewesen, niemals teurer als jetzt. Nachdem die regelmäßigen Aufwendungen für Heer und Flotte 1836 auf 11 657 000 £ gesunken waren, fingen sie wieder an stark zu steigen. Ende der fünfziger Jahre gingen sie über 20 Millionen, Ende der achtziger über 30 Millionen, für 1898/99, das Jahr vor dem südafrikanischen Kriege, beliefen sie sich auf mehr als 44 Millionen, von denen 24 auf die Flotte kamen, und 1903/04 auf 72 368 000 £, die sich zu 36 892 000 £ auf das Heer und 35 476 000 £ auf die Flotte verteilten. Von allen Mächten gibt Großbritannien am meisten für seine Wehrkraft aus und belastet dafür den Kopf seiner Bevölkerung mit 33 sh. 3 d. gegen 14 Mark in Deutschland. Genau genommen ist jedoch die Last noch größer durch die Aufwendungen aus Anleihen, zu denen eine Reihe von Gesetzen seit 1888 die Regierung ermächtigt hat. Diese Ausgaben, für 1903/04 6 268 000 £, erscheinen nicht im ordentlichen Staatshaushalt, weil sie eben aus Anleihen, binnen dreißig Jahren durch Renten zu tilgen, bestritten werden und nicht aus ordentlichem Einkommen. Sie betreffen Kriegshafenbauten, Kasernenbauten und sonstige Kriegsrüstung und sind seit Jahren eine regelmäßige Erscheinung. So sind außerhalb des ordentlichen Haushalts für die Flotte von 1895 bis 1904 16 408 000 £, für das Heer von 1897 bis 1904 10 223 000 £ verbraucht worden, was bei einer Aufstellung über die britischen Rüstungen nicht außer acht gelassen werden darf.

Nach den drei Hauptgruppen verteilten sich die Ausgaben 1903/04 wie folgt:

auf die Staatsschuld	27 000 000 £ = 18,372 Prozent
„ Heer und Flotte	72 368 000 „ = 49,243 „
„ den Zivildienst	47 593 136 „ = 32,385 „
	146 961 136 £ = 100 Prozent

Zunächst ein paar Worte über die Staatsschuld. Die gesamte Schuldverpflichtung des Staats betrug 794 498 100 £. Davon fiel der Löwenanteil in Höhe von 637 633 319 £ auf die feste Schuld, auf die schwebende kamen 73 633 000 £, und die Summe von 51 363 458 £ stellte den Kapitalwert der Zeitrenten dar, die neben dem Rückkauf im offenen Markt aus den Mitteln

des Tilgungsstocks ein beliebtes Mittel der Schuldentilgung sind. Wenn die Zeitrenten eine sorgfältige Berechnung zur Unterlage haben, läßt sich gegen sie nichts einwenden. Zwar ist der jährliche Aufwand größer, aber nur auf eine gewisse Zeit, und danach ist der Staat der Zinszahlung und der Schuld ledig. Wenn freilich der Preis der Konsols so tief unter 100 steht wie gegenwärtig, ist es vorteilhafter, die Schuld durch Ankauf im offenen Markte zu verringern. Der Rest von 31 868 323 £, der die Gesamtschuld auf die oben angegebene Höhe brachte, betraf Verbindlichkeiten, die der Staat für besondere Zwecke eingegangen ist. Sie liegen jedoch außerhalb der eigentlichen Staatsschuldenverwaltung, indem für ihre Verzinsung und Abzahlung besonders gesorgt ist, und weil für sie zum Teil feste Gegenwerte bestehen, wie die Uganda-eisenbahn, das Gebiet der Nigergesellschaft oder das pazifische Kabel.

Der eigentlichen Staatsschuld stehen dagegen nur geringe Besitzwerte gegenüber. Eigne Eisenbahnen oder Bergwerke hat der britische Staat nicht, und was er sonst an Liegenschaften sein nennt, nämlich die Kronländereien, auf deren Genuß der König für die Bewilligung der Zivilliste verzichtet hat, hat nach amtlicher Schätzung nur einen Kapitalwert von 21 887 87 £. Viel bedeutender als das sind die 176 000 Suezkanalanteile, die Disraeli 1875 dem Khedive für 4 Millionen abgekauft hat. Selten hat sich eine Kapitalanlage besser bezahlt gemacht. Sie brachten 1903/04 nicht weniger als 936 151 £, über 23 Prozent des angelegten Kapitals ein, und ihr Wert wurde mit 28 910 000 £ angenommen. Rechnet man nun zu dem Werte der Kronländereien und der Suezkanalanteile noch die Guthaben der Regierung bei den Banken von England und Irland am 31. März 1904, zusammen 4 263 842 £, so ergibt sich ein Gesamtvermögen von 35 362 629 £ = 4,64 Prozent der Schuld.

(Fortsetzung folgt)



Johannes Mathesius



Es können die Eblis, die uns hassen, Vollkommenes nicht vollkommen lassen, läßt Goethe den Salomo sagen, als ein ungeschickter Diener das kostbare Gefäß beschädigt, das ihm die Königin von Saba geschenkt hat. Was ist aus dem Vollkommensten, dem Christentum, mitunter geworden in den Händen seiner ungeschickten und manchmal auch böswilligen Diener und Pfleger! In den Thesen und in den gewaltigen Schriften von 1520 und 1521 hatte Luther das großartige, erhebende und begeisternde Programm einer durchgreifenden Kirchen- und Reichsreform entworfen und den Kern des christlichen Glaubens und Lebens in einfacher, verständlicher und überzeugender Weise dargestellt. Aber ach, wenig Jahre später steckten die Deutschen in der greulichsten Unordnung, in blutigem Aufruhr und Krieg und — beinahe lächerlich zu sagen — in einer neuen Scholastik drin und in endlosem Gezänk über Formeln. Auf Melancthons